

April 1918  
887 907 998 9985  
20808 809 23582  
2211 321 329 330  
1962 2209 678  
049 050 079.  
Regulierungs-  
briefe.  
am 1. April 1914.  
850 854 1500.  
34 35 43 127 100  
493 494 524 562  
170 610 623 642  
466 467 488 503  
295 819 320 348  
37 768 904 10051  
658 683 705 740  
505 924 925 970  
6 859 919 15170  
577 807 609 684  
215 216 217 215  
016 137 186 191

# Wossische



# Zeitung

In Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur  
(mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 5689, 8690,  
8691, 8692 für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

## Die Niederlage der russischen Regierung im Reichsrat.

Von unserem ständigen Korrespondenten.

Petersburg, im Dezember.

Der Reichsrat besprach dieser Tage die Vorlage über die Einziehung der Selbstverwaltung in den Städten Russisch-Polens. Diese Vorlage ist nicht neu. Sie wurde bereits von der dritten Duma angenommen, blieb aber, wie so viele andere, im Reichsrat liegen. Da der Reichsrat die Diskontinuität der Sitzungsperioden der Reichsduma jetzt nicht mehr anerkennt — in früheren Jahren erkannte er sie an —, so ließ er den von ihm angenommenen Entwurf der polnischen Städteordnung der vierten Duma zufließen. Diese wollte den Grundbesitz der Diskontinuität nicht fallen lassen, fand aber einen Ausweg, indem sie die vom Reichsrat angenommene Vorlage als einen von ihm ausgehenden Initiativentwurf behandelte. Sie nahm also an ihm die Veränderungen vor, die für sie notwendig hielt, und in dieser Gestalt ging der Entwurf in den Reichsrat zurück. Er enthielt unter anderem die Bestimmung, daß in den künftigen Stadtverordnetenversammlungen der polnischen Städte neben der russischen auch die polnische Sprache zugelassen werden soll, unter der ausländischen Bedingung allerdings, daß jede polnische Rede vom Vorstehenden ins Russische übersetzt werden soll. Für diese Forderung trat im Reichsrat auch die Regierung ein. Allerdings nicht im vollen Besitze. Die Minister der Justiz, des Ackerbaus, des Verkehrs waren nicht erschienen, wie man ersah, weil sie für diese Bestimmung nicht einverstanden sind. Dafür ergiff zur Verteidigung der in Rede stehenden Bestimmung der Ministerpräsident Kowtowow selbst das Wort. Er wollte offenbar die nationalitätlichen Gefühle der Reichsratsmehrheit nicht reizen und gab deutlich zu verstehen, daß die Bestimmung nur eine Übergangsmäßigkeit darstelle, die angeht die geringere Bevölkerung der russischen Sprache in Polen unbedingt notwendig sei.

Aber diese Begründung fand im Reichsrat wenig Anklang. Die Vorführer der Mehrheit traten gegen die Regierung auf und schlugen in ihren Reden einen Ton an. Der sonst im Reichsrat niemals zu vernehmen war. Der im bürokratischen Dienst ergraut, höchst opportunistische Stöckhinski, der noch vor wenigen Tagen in einer Reichsratskommission die Vertagung einer wichtigen Vorlage nur aus dem Grunde beantragte, weil er Bedenken trug, ob diese Vorlage das Ministerium des Innern in seinen Arbeitsplänen nicht stören würde, wurde auf einmal zu einem heftigen Gegner der Regierung, erklärte die Bestimmung über die polnische Sprache für unannehmbar und warf der Reichsduma — und damit auch der Regierung — vor, daß sie die nationalitätliche Forderung von dem Ansturm der polnischen Faktion und der Rufen einsehe. Wie wenig berechtigt dieser Vorwurf im Grunde ist, kann man schon daraus erkennen, daß die betreffende Bestimmung in der Duma einstimmig angenommen wurde und daß infolgedessen weder die Linke noch die Polen Anlaß oder auch nur Gelegenheit hatten, irgend einen Druck auf den Ausschuss der Bestimmung auszuüben. Auch jetzt, nach der Reichsratsdebatte, suchten selbst die Nationalisten der Reichsduma die Mehrheit über die Geltung der ihnen nahe liegenden Reichsratsgruppe, deren Sprachrohr Stöckhinski war. Nach härtester Kampf bei dem das Ausmaß der Bitterkeit der Befürworter der russischen Sprache im Reichsrat sich nicht nur zeigte, sondern auch die Haltung der Regierung sei entweder

launisch nach oder herausfordernd. Der Reichsratspräsident Alimow überließ diesen Ausfall und rief den Redner erst geraume Zeit nachher zur Debatte, hielt es aber für notwendig, eigens zu bemerken, daß derartige Ausfälle von der Reichsratsstrafkammer bis dahin noch nicht geübt worden seien.

Im großen und ganzen erinnerte die Reichsratsdebatte ziemlich stark an die berühmte Sitzung, in der der Reichsrat sich gegen die Stolypinsche Vorlage über den das Volkstum beeinträchtigenden Wahlmodus für die in den Wessgouvernements einzuführenden Simulons. Der Unterschied ist nur der, daß der damals polenfeindlich gestimmte Reichsrat diesmal polenfeindlich ist. Die diesmalige Abstimmung im Reichsrat ergab 94 gegen und 74 für die Bestimmung über die Zulassung der polnischen Sprache.

Es ist vielleicht noch unverständlich, wie Stolypin damals auf die unfreundliche Haltung des Reichsrats reagierte. Er reichte sofort seine Entlassung ein und verlangte vom Kaiser als Bedingung für die Zurückziehung des Entlassungsgesuches die Aufhebung des Führers der Reichsratsrechten Durnowo, dem er die Schuld an der Ablehnung der Vorlage zuschrieb. Durnowo erhielt denn auch Urlaub, von dem er erst nach Monaten zurückkehrte. Die Vorlage selbst wurde auf Grund des Votagesetzesparagrafen vom Gesetz gemacht, zu welchem Zweck die Ladung des Reichsrats und der Reichsduma durch einen besonderen Jareneler für drei Tage unterbrochen worden war. Die Situation ist jetzt der damaligen ziemlich ähnlich. Auch Kowtowow hat die Duma auf seine Seite, und zwar die Rechte und nicht nur eine bestehende Mehrheit, und zwar die Stolypin. Es ist aber natürlich nicht zu erwarten, daß Kowtowow ebenso handeln wird wie sein Vorgänger. Er ist eben anders gerichtet und hat keine Neigung zur Zulassung politischer Gegenätze und zur Beweiskämpfung dramatischer Auftritte. Was er unternehmen wird, ist noch unbekannt. Die Vorgänge im Reichsrat haben jedenfalls seine obenhin schwierige Stellung noch mehr erwidert und die unklaren innerpolitischen Zustände noch mehr verwickelt. Bemerkenswert ist, daß man ziemlich allgemein den Widerstand der Reichsratsmehrheit gegen die Zulassung der polnischen Sprache in den Stadtverordnetenversammlungen des Jahres 1914 in Polen nicht auf ihre nationalitätliche Bestimmung zurückführt, sondern darauf, daß die Ansicht Kowtowows in maßgebenden Kreisen nicht geteilt wird, und daß diese nicht nur gegen die Zulassung der polnischen Sprache, sondern überhaupt gegen die ganze Vorlage sind.

## Wer kauft den „Rio de Janeiro“?

Von dem für Rechnung Brasiliens in England hergestellten Lieberbrechtsnotiz „Rio de Janeiro“ ließ es unlängst, daß Italien ihn übernommen habe, nachdem andere Staaten, darunter England, Griechenland und die Türkei, das Angebot abgelehnt hätten. Die Nachricht, daß das Schiff in italienische Hände übergehe, wurde in Frankreich unfreundlich aufgenommen. Verschiedene Blätter stellen an die englische Regierung die unwillkürliche Frage, ob sie keine Handhabe besitze, in Hinblick auf die Kräfteverhältnisse im Mittelmeer, den Verkauf an Italien zu verhindern. Heute wird behauptet, daß die türkische Flotte durch einen englischen Admiral und mit marinetechnischen Abmachungen zusammenhängt, die England mit der Türkei getroffen hat. Der Drahtbericht darüber besagt: London, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Wie dem „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel berichtet wird, heißt es dort an gut unterrichteter Stelle, daß die Flotte den türkischen Vorkapitän

London beauftragt habe, Verhandlungen über den Ankauf des brasilianischen Lieberbrechtsnotiz „Rio de Janeiro“ einzuleiten, und daß die französische Fernverkehrsgesellschaft, die telegraphisch eine Million türkische Pfund nach London zu überweisen für den Fall, daß die Verhandlungen der türkischen Regierung mit der Schiffbaufirma Armstrong zu einem beschleunigten Ende führen. Der „Rio de Janeiro“, der in Genua gebaut wurde, hat eine Verdrängung von 27.500 Tonnen und ist mit 14 Geschütz, und 20 Geschützgeschützen armiert. Er wird im kommenden Jahre abnahmefertig sein. Berichtigend waren Gerüchte über den Ankauf des Schiffes sowohl durch Italien als auch durch die Türkei in Umlauf, namentlich als der Kommandant des türkischen Kreuzers „Hamidje“ im vergangenen Herbst sich zu einem kurzen Besuch nach London begab.

## Frankreich und der Orient.

Paris, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach reiflicher Überlegung ließ Ministerpräsident Herr Doumergue dem Kamerunvertrag für auswärtige Angelegenheiten, dem er bereits sein Erscheinen für nächsten Montag verprochen hatte, wissen, daß er nicht werden können, da er nicht in der Lage sei, der Wille in Januar die Fragen über die auswärtigen Angelegenheiten zu beantworten, die man im Ausschuss an ihn zu richten gedachte. Im Ausschuss war man über diesen Beschluß gestern sehr mißvergnügt, und mehrere Mitglieder, darunter der Baron Deans Cochin, gaben nicht nur ihrem Befremden über die Haltung des Ministerpräsidenten Ausdruck, sondern erklärten auch, sie würden darauf bestehen, daß der Minister ihnen über den derzeitigen Stand der orientalischen Angelegenheiten unter demselben Aufschluß erteile.

Herr Lequene entwickelte vor dem Ausschuss seine Ansichten über die gegenwärtige Lage und die Interessen Frankreichs im nahen Morgenlande. Die Balkankriege, führte er ungenügend aus, haben in Europa keine einzige der schwerwiegenden Fragen gelöst. Der Dreieck hat sich die Unentschiedenheit und Fehler des dreifachen Einverständnisses zu nutz gemacht, um aus den Ereignissen Vorteil zu ziehen, die zuerst kein Ansehen schmer gelähmt hatten. Das Gleichgewicht im Mittelöstlichen Meer ist gestört, Konstantinopel und die Meerengen sind in den Händen Deutschlands, Frankreichs wichtige Interessen in Kleinasien sind von der französischen Diplomatie vernachlässigt worden. Es wäre ein nicht wieder gut zu machender Fehler, von dem Schurz der Katholiken den Verbühlern zu überlassen. Im Frankreichs Stellung insbesondere in Syrien zu beschließen, genüge es nicht, Schulen und Wohltätigkeitsanstalten einzurichten. Man müsse auch Banken gründen, öffentliche Arbeiten ausführen und die wirtschaftlichen Interessen sowohl der Katholiken als auch der muslimischen Bevölkerung Frankreichs fördern. Frankreich müsse unter den gegenwärtigen Verhältnissen von seiner Diplomatie Entschlossenheit und Zäugigkeit fordern.

## Ein griechisches Modellkorps unter französischem Kommando.

Athen, 20. Dezember. Wie die „Ag. Athènes“ meldet, wird durch einen heute veröffentlichten Erlass des Königs ein eigenes Armeekorps von Attika geschaffen, das dem französischen General Gembour unterstellt wird und als Modellkorps für die anderen Armeekorps dienen soll.

## Rund um die Mona Lisa.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

Paris, 18. Dezember.  
Das Mona-Sija-Drama hat sich zum Aufspieß gewendet. Um so besser. Denn ist ja auch für einige Zeit in der Welt und man wird, ohne ein barbarisches sein und sich gegen den Progressivismus des Weltmenschen zu verhalten, lachen oder doch lächeln dürfen. Den schmerzhaften Einspruch liefert die Pariser Polizei. Sie hebt großartig da. Welchen Erfolg hat sie nach dem Verschwinden des unsichtbaren Bildes erlitten! Mit welcher Durchführung des Scherzmann hat sie alle Möglichkeiten — der gesunde Menschenverstand dachte allerdings oft genug: Unmöglichkeit — ins Auge gefaßt, bis zum Verfall ist sie bei dem jeder einzelnen Person nachgegangen, die an dem Tage des Raubes im Louvre verkehrte! Und die Annahmen und Erklärungsversuche, die sie in der Tagespresse brachte! Die wunderbaren Geschichten von dem Anschlag eines Milliardärs, der sich des Wertes bewußt hat, von dem Zerstückelungsbetrieb eines Mannes, der das Wunder aus Menschenhand vernichtet haben dürfte, von dem ernstlichen Wahnsinn eines Schwärmer, der sich in die Mona Lisa verliebt und sie geräubt habe, um ihres göttlichen Lächelns für sich allein zu genießen! Diese Erfindungen sprachen für eine derartig selbst und blühende Einbildungskraft, daß man zur Anerkennung gezwungen war, die Pariser Polizei könne eine ganze Reihe fruchtbarer Dispositionen in ihren Reihen, und nun kommt dieser unglückselige Beraglia (so, und nicht Beruggia, wie italienische Reporter ihn durchaus schreiben wollen, heißt er nämlich wirklich) und erzählt den Vorgang ganz schlicht und einfach, ohne jede Verwundung, ohne Romantik, ohne die schwindelnde Verwirrung von der Gerber-Raffinament. Er kam, sah, faßte und ging, ohne von irgend jemand beobachtet, gefolgt, angehalten zu werden. Die Pariser Polizei ist von dem Bekanntwerden des Diebstahls tief verärgert. Sie versucht noch zu blaffen. Sie erklärt, Beraglia sei zu hochbein; er verleihere sich absichtlich; die Sache sei nicht so einfach noch so leicht gemacht, wie er glauben machen wolle; er habe einen von langer Hand vorbereiteten kunstvollen Anschlag ausgeführt;

er habe Spiegelglas und Helferselfer gehabt. Kurz, sie gibt sich die größte Mühe, das Durchsichtige zu trüben, das Einfache zu verwickeln und die banale Logik zu einem abgründigen Polyzirkel und Gammelroman aufzumachen. Sie wird aber mit diesen Verwirrungsversuchen nicht mehr Glück haben als 1911. Der Fall liegt zu großartig, um verdunkelt werden zu können. Jetzt stellt sich gegenwärtig aus heraus, wie leichtsinnig und schleudert die Polizei 1911 gerichtet hat. Sie verbietet alle Arbeiter, die am 23. August 1911 in Louvre zu tun gehabt hatten; Perugia war unter ihnen; er leistete der Vorladung keine Folge, so ohne Zweifel das Bildes seinen Fingerabdruck gefaßt, als er das Bild aus seinem Rahmen nahm. Die Polizei hat den Abdruck und verlangte von Beraglia, dem Vorsteher ihres Identifikationsdienstes, seine Prüfung. Beraglia befand in seiner Sammlung einen Fingerabdruck Perugiens, der vorbestraft war und von dem eine anthropometrische Personalarbeit in Verliens Archiv lag. Aber Beraglia fand sie nicht und konnte nicht sagen, von wem der Fingerabdruck auf dem Glase herrührte. Jetzt redet er sich damit aus, daß auf dem Glase der linke Daumen seine Spur zurückgelassen habe, auf der Personalarbeit Perugiens aber die rechte Daumenlinie abgedruckt sei. Außerdem sei es unmöglich, so ohne weiteres unter 750.000 Fingerabdrücken, die sich im Archiv befänden, den richtigen herauszufinden. Das mag stimmen. Aber wenn man die Abdrücke nicht finden kann, so ist man fertig bedarrt, wozu sie dann erst sammeln und aufbewahren! Der Polizeipräsident Herr Genouin schämt sich bezüglich der Feststellung, die bei dieser Gelegenheit gemacht wurden, und er kündigt an, er werde gründliche Veränderungen im Erkennungsdienst vornehmen. Wahrscheinlich wird es indes bei dieser Artinbildung bleiben. Alle Beraglia-Mütter haben die Mittelstufe gerührt, mit der die italienische Regierung sich sofort bereit erklärt hat, Frankreich das gestohlene Bild wiederzugeben. Graf Gengen hält in den „Debats“ dem barbarischen Deutschland dieses schöne Beispiel eines hochgeleiteten Landes zur Nachahmung vor. Deutschlands Sünde ist aber diese: ein Arbeiter, den Dr. Salome hat seinen Ausgrabungen in Konzel, Dordogne, beschlagnahmt, brachte ein der wunderbaren Flachreliefs mit Stempelsteinen darstellendes Beispiel, die jene quaternäre Fundstelle wiederentdeckt gemacht haben, und verlor sie Professor

Bernhart-Bonn, der eben als Gast des Dr. Salome im Vegetarier weite und den Ausgrabungen bediente. Prof. Bernhart trat es Prof. Schuchardt für das Berliner ethnographische Museum ab, wo das Bild sich gegenwärtig befindet, und zwar im Cabinet des Direktors, nicht in den öffentlichen Sälen. Dr. Salome erweiterte eine staatsgerichtliche Beurteilung seines angezogenen Arbeiters wegen Vertrauensmißbrauchs und verlangte auf Grund dieses Urteils von Prof. Karl Schuchardt die Rückzahlung des gestohlenen vorgezeichneten Aufschusses, dieser verweigerte sie jedoch mit der Begründung, daß das deutsche Gesetz nur zur Herausgabe von gestohlenen Gütern verhält, der Arbeiter aber nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Vertrauensmißbrauchs verurteilt worden sei; er dot aber Dr. Salome eine Entschädigung an: nach seiner Wahl entweder einen Orden oder einen Gegenstand aus den Sammlungen des Museums. Dr. Salome wies diesen Anbahn zurück. Soweit die Darstellung des Grafen Gengen. Vielleicht leben die jüdischen Stellen in Berlin sich veranlaßt, seinen Aufgaben näherzutreten.

## Florentiner Futuristen-Kämpfe.

Von Dr. Otto Selmuß-Hoffen.

Florenz, im Dezember.  
Das Florentiner Kunst- und Theatervolk ist in seiner Gesamtheit von Herren und Damen, Adligen und Plebejern mit Recht als das unangenehmste und doch wieder als das kritischste von ganz Italien bekannt und gefürchtet. Davon hat die futuristische Bewegung von Pinel- und Federfingern, die zugleich Politiker und reformerische Gesellschaftler sind, in allen möglichen Stadien des Auslandes und Italiens ihre Wadenhaken verurteilt, die sie rufen im größten Theater der Stadt einen Propaganda-Bild vor den Augen der Anwesenden, der entwirrteten Besucher, heftigst redend, verteidigt haben. Und da ihr Ansehen in politisch-italienischer oder deutsch-italienischer und selbst aufgeblosener genannt wird, in manchen Dingen jedoch wohl berechtigter Angriffe gegen alle und jeden, hauptsächlich gegen die aufstrebende